



Am Flughafen von Kabul versuchen zahlreiche Afghanen, selbst noch in anrollende Flugzeuge zu gelangen, um sich so in Sicherheit zu bringen.

BILD: DPA

„Das würde ich nicht mehr sagen“

Link: <https://www.suedkurier.de/digitale-zeitung/epa12399,79751,,4>

- CDU-Fraktionsvize Thorsten Frei zur Lage in Afghanistan
- Er hielt die Lage in Kabul noch vor Kurzem für sicher
- Warum er jetzt zurückrudern muss

Herr Frei, Sie haben die Sicherheitslage in Afghanistan lange beschönigt, sehen Sie das heute auch so?

Nach dem Abzug der Amerikaner und der Bundeswehr hat es eine beispiellose Entwicklung in Afghanistan gegeben. Niemand, weder Regierungen noch Nachrichtendienste, hat vorhergesehen, dass innerhalb weniger Tage das gesamte Land von den Taliban überrannt wird und die afghanischen Sicherheitskräfte es ihnen kampfflos überlassen. Wie es zu dieser kolossalen Fehleinschätzung kommen konnte, wird man aufklären müssen.

Noch im Juni hatten Sie gesagt: „Wenn man auf das Vordringen der Taliban schaut, dann betrifft das vielleicht zehn von 400 Distrikten.“ Wie konnten Sie die Lage so falsch einschätzen?

Die afghanischen Sicherheitskräfte umfassten zuletzt rund 300 000 Mann. Sie sind über Jahre mit Milliarden von westlichen Staaten ausgerüstet und trainiert worden. Sie waren damit den Taliban deutlich überlegen und haben sich gleichwohl nun kampfflos innerhalb weniger Wochen ergeben. Nach meinem Eindruck hat dieser fehlende Kampfeswille alle westlichen Staaten überrascht. Weder die USA noch die Bundesregierung und auch ich persönlich haben Mitte Juni den raschen Zusammenbruch Afghanistans vorhergesehen. Der letzte Lagebericht des Auswärtigen Amtes, der auf den 15. Juli datiert, ging immer

Ortskräften habe ich immer betont, dass Deutschland ein verlässlicher Partner sein muss: Wer an unserer Seite in Afghanistan gekämpft und für Frieden und Demokratie gestritten hat, muss sich auf uns verlassen können. Menschen, denen aus ihrer Arbeit für Deutschland eine persönliche Gefährdung erwachsen ist, wollen wir nicht schutzlos zurückzulassen. Der Antrag der Grünen zielte jedoch auf eine unterschiedslose Aufnahme, gleichgültig ob eine Bedrohung vorlag oder nicht. Vor dem Hintergrund der damaligen Einschätzung der Sicherheitslage war das nicht gerechtfertigt. Nachdem sich die Lage verändert hat, haben wir das Verfahren beschleunigt und unbürokratischer gestaltet.

Die Sicherheitslage war doch schon im Juni bedenklich...

Noch vor wenigen Tagen kamen die USA zu der Einschätzung: Kabul könnte schlimmstenfalls in zwei bis drei Monaten fallen. Tatsächlich geschah das dann wenige Stunden später. Niemand ging davon aus, dass sich die Dinge so entwickeln würden, wie sie sich entwickelt haben.

Zur Person

Thorsten Frei (48) stammt aus Bad Säckingen. Dort sammelte er für die CDU politische Erfahrungen im Gemeinderat.

Das Auswärtige Amt hat die Lage offensichtlich falsch eingeschätzt. Welche Konsequenzen muss das haben, insbesondere für Heiko Maas? Und welche Verantwortung trägt die Bundesregierung?

Alle Akteure in Deutschland greifen auf die Lageberichte des Auswärtigen Amtes zurück. Diese brauchen einen gewissen Vorlauf, keine Frage, aber dieser Lagebericht ist maßgebend für Parlamentarier, für die öffentliche Verwaltung und Gerichte, die über Fragen der Schutzbedürftigkeit zu entscheiden haben. Wir brauchen in solchen Situationen schnelle und zuverlässige Informationen. Worauf sollen sich Entscheidungsträger beziehen, wenn nicht auf die Informationen des Auswärtigen Amtes und des Diplomatischen Dienstes, die nachrichtendienstlichen Erkenntnisse?

Trotzdem haben Sie noch im August Abschiebungen nach Afghanistan befürwortet, als die Taliban bereits dabei waren, das Land zu erobern. Warum?

Unter den heutigen Erkenntnissen würde ich das nicht mehr sagen. Zum damaligen Zeitpunkt habe ich mich so geäußert wie der Innenminister auch. Horst Seehofer hat davon gesprochen, dass die Abschiebungen temporär ausgesetzt werden. Dass das aber keine generelle Entscheidung wäre. Genauso habe ich mich geäußert, aber auch da-

rauf hingewiesen, dass die Sicherheitslage vor Ort entscheidend ist. Wenn es die Sicherheitslage ermöglicht, ja, wenn nicht, dann nein. Heute ist aber vollkommen klar, dass Abschiebungen auf absehbare Zeit nicht möglich sein werden.

Sie haben sich lange gegen die Aufnahme von allen Ortskräften gestellt. Uns haben Sie gesagt, dass die „Annahme besteht, dass mit längerem zeitlichen Abstand zur Beschäftigung bei den Resorts auch die Gefährdung der Ortskraft abnimmt“. Bleiben Sie auch heute bei dieser Einschätzung?

Ich habe mich nicht gegen die Aufnahme von Ortskräften gestellt. Deutschland hat im Übrigen seit 2013 schutzbedürftige Ortskräfte aufgenommen. Seit Beginn des Verfahrens sind bis Ende Juni rund 800 Ortskräfte mit zuzüglich 2598 Familienangehörigen eingereist. Ich habe allerdings immer betont, dass eine Schutzbedürftigkeit vorliegen muss. Als sich die Sicherheitslage weiter verschlechtert hat, haben wir Mitte Juni entschieden, dass man grundsätzlich alle Ortskräfte ins Schutzprogramm aufnehmen muss.

Trotzdem lief das nur schleppend an...

Nach dem Abzug der Bundeswehr waren die operativen Herausforderungen enorm. Das Auswärtige Amt musste zunächst die Zusammenarbeit mit dem IOM suchen. Niemand ist davon ausgegangen, dass uns für die Evakuierung nur sechs Wochen bleiben würden.

Noch sitzen Ortskräfte in Afghanistan fest. Welche Informationen haben Sie über die jetzt noch verbleibenden Orts-

